

A n t r a g
(Alternativantrag)

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/4447- Neufassung -

**Situation der Beschäftigten in Justizvollzugsanstalten
in Thüringen und Auswirkungen von möglichen Stand-
ortentscheidungen**

- I. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag zu berichten:
1. zur Zukunft der Standorte der Justizvollzugsanstalten in Thüringen;
 2. zu den Auswirkungen von Standortentscheidungen für die Beschäftigten in den Strafvollzugsanstalten;
 3. über den Baufortschritt bei der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt mit dem Freistaat Sachsen und über den Stand der Ländervereinbarungen hinsichtlich der dort Beschäftigten aus Thüringen;
 4. über die Entwicklung von Einstellungen, Beförderungen und Pensionierungen bei den Beschäftigten im Justizvollzug (Personalmanagement);
 5. über das Gesundheitsmanagement für die Beschäftigten in den Thüringer Strafvollzugsanstalten im Allgemeinen und über die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung im Besonderen;
 6. über die bisherige Umsetzung der Dienstvereinbarung "Berufliches Eingliederungsmanagement (DV-BEM)";
 7. über Veränderungen im organisatorischen Aufbau des Bewerbungssystems für Beschäftigte im Strafvollzug;
 8. über die Anstrengungen, die Ausbildung und den Beruf des Vollzugsbeamten/der Vollzugsbeamtin attraktiver zu gestalten.
- II. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag in der ersten Hälfte des Jahres 2018 ein umfassendes Justizvollzugskonzept mit der Perspektive für das Jahr 2025 vorzulegen.

Begründung:

Die Landesregierung hat im Bereich des Strafvollzugs seit Inkrafttreten des Justizvollzugsgesetzbuches einige grundlegende Veränderungen unternommen. Dabei gilt es die demographische Entwicklung zu antizipieren und die Arbeitsbedingungen im Justizvollzugsdienst so zu gestalten, dass qualifiziertes Personal gut ausgebildet, angeworben und

gehalten werden kann. Der Bericht der Landesregierung soll ein umfassendes Bild der Beschäftigungsverhältnisse und -entwicklung ermöglichen und Grundlage weiterer Diskussion und Fortentwicklungen sein.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Becker

Rothe-Beinlich